

Haushaltsrede, *Lüdenscheider Liste*, Ratssitzung am 22.11.2010

Sehr geehrter Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren!

Als erstes möchte ich mich beim Kämmerer Herrn Blasweiler und seinen Mitarbeiter, besonders Herrn Haarhaus, für die Erstellung des Verwaltungsentwurfs zum Haushaltsplan 2011 bedanken.

Ich möchte Sie nicht mit Zahlen zum Haushalt langweilen; die Ernsthaftigkeit der finanziellen Misere der Stadt Lüdenscheid ist allen bekannt und wir müssen gemeinsam eine Lösung für dieses Problem finden, denn eigentlich müsste bis zum Jahre 2014 der Haushaltsausgleich geschafft werden! Doch dies scheint aus heutiger Sicht fast unmöglich, sofern sich an der Ausgangssituation nicht etwas Gravierendes ändert; im Gegenteil, es ist zu befürchten, dass in ca 12 Jahren sogar eine Überschuldung eintritt.

Wir geben damit die finanziellen Probleme an unsere Nachfolger weiter! Je höher das Haushaltsdefizit wird, desto schlechter wird der Handlungsspielraum für nachfolgende Generationen, um zukünftig vor Ort noch Politik machen zu können; Stichwort: intergenerative Gerechtigkeit.

Wir Politiker stehen dem Wähler gegenüber besonders für die finanzielle Situation der Stadt in der Verantwortung, deshalb müssen unsere Lösungsansätze, um den Haushalt zu sanieren sowohl kurzfristig als auch mittel- und langfristig gedacht sein.

Wir als *Lüdenscheider Liste* wollen sachgerechte Entscheidungen, die möglichst mit breiter Mehrheit verabschiedet werden und keine Klientelpolitik!

Für die *Lüdenscheider Liste* waren folgende Kriterien bei den Haushaltsberatungen wichtig:

- 1. sowohl die Einnahmen- als auch die Ausgabenseite stehen zur Disposition,**

2. Kürzungen sollen möglichst gleichmäßig auf viele Schultern verteilt werden, nicht auf einige Wenige ganz massiv,
3. Senkung von Standards sind besser, als Einrichtungsschließungen,
4. auch die Verwaltung muss für sich Einsparpotential aufzeigen.

Konkret bedeutet das:

Die *Lüdenscheider Liste* spricht sich wie schon beim Haushalt 2010 für eine Erhöhung der Grundsteuer B auf den Landesdurchschnitt aus, was für Städte mit vorläufiger Haushaltsführung ja sowieso Pflicht ist. Sicher ist das eine unpopuläre Maßnahme, aber aus unserer Sicht unverzichtbar. Wäre der Rat unserem Appell schon im letzten Haushaltsjahr gefolgt, wäre die Belastung allerdings damals moderater ausgefallen; statt auf heute 429 v.H. hätte es nur eine Anhebung auf 419 v.H. gegeben.

Die gleiche Entwicklung bahnt sich bei der Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes an: da sich die wirtschaftliche Lage in Deutschland deutlich gebessert hat kann jetzt eine moderate Angleichung auf den Landesdurchschnitt vorgenommen werden. Die Mehrheit des Rates ist allerdings dagegen! Nächstes Jahr muss dann mit einer wesentlich massiveren Erhöhung nachgebessert werden; aus unserer Sicht unlogisch und kurzsichtig.

Beitragserhöhungen wie z.B. die Elternbeiträge für die Kindertagesbetreuung sind sicher für die Eltern eine schmerzliche Mehrbelastung. Die Stadt hat aber in der jetzigen Situation keine andere Möglichkeit mehr, denn sie bzw. die Träger müssen mit den Folgen von KiBiz leben, wenn man auch eingestehen muss mehr schlecht als recht.

Vielleicht löst die neue Landesregierung ja ihr Wahlversprechen auf kostenlose Kindergartenplätze bald ein, wir haben ja ein MdL hier im Rat. Damit würden Eltern und Kommunen endlich entlastet.

Im Bereich der Schulen sind viele Aktivitäten nur noch durch Drittmittel umzusetzen: sei es durch die Schulpauschale,

Landesprogramme, das Konjunkturpaket bzw. durch Spenden: so kann die Pausenhalle am Staberg doch noch verwirklicht werden, die Friedensschule bekommt ihre Sozialarbeiterstelle und für Schulmobiliar ist auch noch Geld da.

Bei der demografischen Entwicklung in Lüdenscheid und bei den bildungspolitischen Plänen der Landesregierung ist deshalb eine fundierte Schulentwicklungsplanung vor Ort besonders wichtig! Wir Politiker brauchen neben den quantitativen auch qualitative Kriterien um richtungsweisende Entscheidungen für die Lüdenscheider Schullandschaft treffen zu können. Abwarten, bis Eltern mit den Füßen abstimmen und dann einfach Schulen schließen ist definitiv der falsche Weg, denn dann bluten bestimmte Stadtteile aus und die verbleibenden Kinder müssen durch halb Lüdenscheid zur Schule fahren.

Wichtig ist der *Lüdenscheider Liste* hier einen Appell an die Landesregierung zu richten, die demografische Entwicklung doch auch als Chance zu sehen: Lassen Sie kleinere Klassen zu, ändern Sie die Schüler-Lehrer-Korrelation und schaffen Sie dadurch kleinere Klassen, intensivere Förderung und ermöglichen damit auch den Fortbestand gefährdeter Schulen ehe es zu spät ist!! Es ist eine Investition für unsere Zukunft!

Wenn Sparpotentiale ausgeschöpft werden sollen bleiben die Pflichtaufgaben unangetastet, es geht hauptsächlich um freiwillige Leistungen, die reduziert oder ganz gestrichen werden. Wichtig ist uns dabei, darauf hin zu weisen, dass das keine Kritik an der Arbeit und dem Einsatz der Betreffenden ist. Ohne die unentbehrliche Arbeit von Ehrenamtlichen in Vereinen und Verbänden bzw. Organisationen würde es diese Vielfältigkeit im gesellschaftlichen Leben in unserer Stadt nicht geben.

In diesem Bereich Reduzierungen vornehmen zu müssen erfordert Fingerspitzengefühl, damit es nicht als willkürlicher Akt empfunden wird, der für den Einzelnen nicht nachzuvollziehen ist und es zu Neiddiskussionen kommt. Hier haben wir uns bei den Haushaltsberatungen nicht gerade mit Ruhm bekleckert. Ich hoffe aber, dass

wir für die nächsten Haushaltsberatungen ein probates Mittel gefunden haben: Die Fraktionen werden sich für die entsprechenden Bereiche (Soziales, Jugend, Sport, Kultur) zusammen setzen und eruieren, ob eine pauschale oder individuelle Lösung gefunden werden muss. Dazu benötigen wir Politiker aber mehr Informationen, als uns bisher zur Verfügung stehen; d.h. die Vereine müssen ihre Finanzen offenlegen, damit wir sachgerecht entscheiden können.

Wichtig ist für die Betroffenen die Transparenz der Entscheidungen und damit auch die Objektivität der Kriterien im Entscheidungsfindungsprozess. Der Bürger darf nicht denken, dass hinter den Kulissen gemauschelt wird!

Wenn wir vom Bürger seinen Beitrag zur Konsolidierung des Haushalts verlangen, müsste auch die Verwaltung einen entsprechenden Beitrag leisten; den sehen wir als *Lüdenscheider Liste* besonders im personellen Bereich kaum: im Stellenplan sind von ca. 85 000 € die Rede, die voraussichtlich eingespart werden könnten!

Auch haben wir erhebliche Zweifel daran, ob die Neustrukturierung der Verwaltung langfristig gesehen einen Konsolidierungseffekt von ca. 930 000€ haben wird. Der Abbau der Hierarchieebenen erfordert neue Arbeitsplatzbeschreibungen bzw. --bewertungen und bisher war es immer so, dass derjenige, der neue Aufgaben dazu bekam auch höhergestuft wurde. Das wird bei der Umsetzung der Neustrukturierung sicher häufiger vorkommen. Fraglich ist, ob diejenigen, deren Aufgabenbereiche reduziert werden auch herabgestuft werden bzw. an diesen Stellen ku-Vermerke angebracht werden!

Auch die Anzahl der Dezernenten ist noch offen, genauso wie die Größe ihrer Ressorts und die Frage ob Wahl- oder Laufbahnbeamte bzw. -angestellte. Da gibt es im nächsten Jahr viele wichtige Aspekte zu klären. Ein Signal müsste die Politik aber setzen, nämlich einen kw-Vermerk bei der Stelle der Baudezernentin, denn 1 Dezernentenstelle soll ja auf jeden fall eingespart werden, was in

der Praxis auch schon seit einigen Jahren indirekt umgesetzt ist und gut funktioniert.

Neu ist in diesem Jahr der Bürgerhaushalt!

Hierbei können die Bürger direkt Einfluss auf den Haushalt nehmen, indem sie ihre Vorschläge unterbreiten. Diese Form der Bürgerbeteiligung wird von uns grundsätzlich unterstützt; die *Lüdenscheider Liste* hat ja auch das Bürgerbegehren gegen den Mehrgenerationenspielplatz unterstützt, bei dem sich Bürger gegen die hohen Kosten für nur dieses 1 Projekt gewehrt haben.

Für uns kommt der Bürgerhaushalt allerdings zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt, da überwiegend eingespart werden muss. Außerdem handelt es sich um einen sehr komplexen und schwierigen Sachverhalt, bei dem viele Rechtsgrundlagen berücksichtigt werden müssen und von daher einige Vorschläge gar nicht umsetzbar sind.

Die abgegebenen Vorschläge umfassen ein breites Spektrum und spiegeln zum Teil sehr subjektive Wahrnehmungen zu Einzelgesichtspunkten wieder; z.B. zum Thema Lichttrouten. Die *Lüdenscheider Liste* hält Investitionen sowohl in die Lichttrouten als auch die Regionale 2013 für zukunftsweisend, um die Attraktivität Lüdenscheids zu steigern und Lüdenscheid über die Grenzen hinaus bekannt zu machen. Doch auch hier muss in Zeiten knapper Kassen gespart werden: der Zeitraum der Lichttrouten wurde weiter auseinander gezogen und auch bei der Regionale muss reduziert werden, wenn das Land keine 90% fördert.

Auch wir Politiker sind angesprochen worden bei uns zu sparen:

1. Reduzierung von Ausschüssen; die *Lüdenscheider Liste* hatte nichts dagegen, einige Ausschüsse zusammen zu legen. Die Ratsmehrheit war jedoch dagegen!
2. Da das Beschwerdemanagement des Bürgermeisters gut funktioniert brauchen wir keinen Beschwerdeausschuss mehr, der sowieso nur 1 Mal im Jahr tagt.

3. Wir sind gerne bereit für die zur Verfügung gestellten Getränke zu bezahlen; die Verwaltung prüft noch den Verwaltungsaufwand.
4. Unsere „Bezahlung“ genehmigen wir ehrenamtlich tätigen Ratsleute uns nicht selbst, wie die Bundestagsabgeordneten bei ihren Diäten, sondern sie wird vom Land vorgegeben. Lüdenscheid liegt dabei sogar im unteren Bereich.
5. Reduzierung der Größe des Rates der Stadt Lüdenscheid; dies würde in der Umsetzung bedeuten, dass kleinere Parteien nicht mehr im Rat vertreten sind und damit die Parteilenvielfalt verschwindet, was einen Konzentrationsprozess zur Folge hat.

Wichtig ist beim Bürgerhaushalt, dass sich die Bürger, die sich daran beteiligt haben auch ernstgenommen fühlen; auch wenn vieles nicht oder noch nicht umgesetzt werden kann. Es bleibt zu wünschen, dass sich beim nächsten Bürgerhaushalt noch mehr Bürgerbeteiligen. Wir sind auch gerne bereit, interessierte Bürger in unsere Fraktion zu unseren Haushaltsberatungen einzuladen.

Dem Haushalt 2011 wird die *Lüdenscheider Liste* zustimmen, allerdings mit Bauchschmerzen, denn es sind unserer Meinung nach nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft worden den Haushalt zu sanieren.